

ARBEITSLOSIGKEIT, KÖLNER NOTHILFE

Die Massenarbeitslosigkeit prägt entscheidend das Bild der Nachwelt von der Weimarer Zeit. Arbeitslosigkeit bestand in Köln auch schon vor dem Weltkrieg, lag aber in den letzten Vorkriegsjahren – vorsichtig geschätzt – bei nur etwa 1% der Bevölkerung, also um 6.000 Arbeitslose. Auch 1920 lag die Arbeitslosigkeit nach einem ersten Höhepunkt 1919 wieder auf dieser Höhe, erreichte aber schon Ende 1923 mit dem Ende der Inflation einen ersten Höhepunkt von knapp 50.000 arbeitssuchenden Personen oder – bei 700.000 Einwohnern – von 7%. Diese Grenze wurde nach einem starken Absinken auf 15.000 (Juli 1925) im Jahre 1926 mit über 50.000 Arbeitslosen überschritten. In den folgenden zwei Jahren fiel die Arbeitslosigkeit wieder um etwa ein Drittel, um dann mit der Wirtschaftskrise ganz erheblich anzusteigen und in der Jahreswende 1931/32 auf über 80.000 Arbeitssuchenden zu liegen.

Im gesamten Zeitraum von 1920 bis 1933 war die Zahl der Arbeitssuchenden stets höher als die der offenen Stellen. Auch wies Köln immer eine gegenüber dem Reichsdurchschnitt prozentual höhere Arbeitslosenquote auf. In den späten zwanziger Jahren machte sich die Arbeitslosigkeit in Köln im Verhältnis zu anderen rheinischen Großstädten früher und stärker bemerkbar. So waren im Juni 1929 umgerechnet 4,8 von 100 Einwohnern arbeitslos. Damit lag die Stadt an der Spitze der rheinischen Großstädte. Die Zahl stieg aber in den folgenden Krisenjahren langsamer an, so daß die Stadt im Dezember 1931 u.a. von Düsseldorf, Frankfurt, Essen und Dortmund überholt worden war.

Die stets hohe Arbeitslosigkeit brachte außer den sozialen Problemen für die Stadt eine große finanzielle Belastung. Zwar erhielten die Arbeiter durch die Reichsanstalt für Arbeitslosigkeit Arbeitslosenunterstützung – für 26 Wochen, ab Oktober 1931 für 20 Wochen – und Krisenunterstützung. Letzter war anfangs nur für bestimmte, gegenüber der Arbeitslosigkeit anfällige Berufsgruppen vorgesehen und wurde ab 1930 nur noch für Personen geleistet, die ihren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung schon erschöpft hatten. Die Krisenunterstützung war auf 32 Wochen – ab Oktober 1931 auf 38 Wochen – beschränkt. Die Kosten für die letztere Maßnahme mußten zu einem Fünftel von den Gemeinden getragen werden. Hatte der Erwerbslose auch den Anspruch auf diese Unterstützung erschöpft, so fiel er der städtischen Wohlfahrtsfürsorge anheim. Bei der großen Massenarbeitslosigkeit mußten so immer mehr Arbeitslose von der Stadt unterstützt werden, wenn auch zu niedrigeren Unterstützungssätzen. Der einzelne erhielt vom Wohlfahrtsamt 1932 – nach mehreren Senkungen der Richtsätze – monatlich 34 RM. Ein Ehepaar mit 2 Kindern bis 14 Jahre mußte mit 75 RM sein Leben fristen, in der besonders günstigen »gehobenen« Fürsorge mit 81 RM. So war die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen ab Mai 1931 höher als die Zahl der beim Arbeitsamt unterstützten Erwerbslosen in der Arbeitslosenversicherung oder Krisenfürsorge. Schon am 31. Oktober 1930 bezogen 40% aller unterstützten Arbeitslosen Wohlfahrtsunterstützung. Im Jahre 1931 mußte die Stadt über 21

Millionen Mark an Unterstützungsgeldern aufbringen. Rechnet man die Aufwendungen der Stadt für die weitere Fürsorge hinzu, so verschlang die Wohlfahrtspflege 1931 insgesamt 43 % des Finanzhaushalts.

Bei dieser großen Massenarmut und hohen Arbeitslosigkeit müssen sich Adenauer und die Stadtverwaltung fragen lassen, ob sie genug zur Besserung der sozialen Lage getan haben, besonders da sich aus der Rückschau die städtische Geschichte darstellt als die Zeit der großen Projekte und fast schon spektakulären Glanzpunkte. Die rechts- und linksradikalen Parteien und ihre Presse haben von den Vertretern der Deutschnationalen und Nationalsozialisten bis hin zu den Kommunisten und der Unabhängigen Sozialistin Henriette Ackermann auf diese Diskrepanz zwischen der sozialen Lage und der Projektpolitik Adenauers stets hingewiesen und diesen Gegensatz z.T. propagandistisch ausgeschlachtet.

Adenauer selbst hatte sein Amt mit einem sozialen Anspruch, wenn auch nicht einem Programm angetreten: bei seiner Einführungsrede in das Amt des Oberbürgermeisters hatte er ausgeführt, daß er es als seine Aufgabe ansehe, die gesamte Arbeit mit sozialem Geist und Verständnis zu erfüllen. So wurde ihm beim Amtsantritt von der sozialdemokratischen »Rheinischen Zeitung« soziales Verständnis bescheinigt. Aber seit Mai 1921 und seiner kurzfristigen Kanzlerkandidatur, als er unter dem Zwang der alliierten Reparationszahlungen u.a. die vorübergehende Abschaffung des Achtstundentags — eine der Errungenschaften der Revolution — und die Beseitigung aller Sozialisierungspläne forderte, wurde er von den linken Parteien und den Gewerkschaften heftig angegriffen und als Gefahr für die sozialen Interessen der Arbeitnehmer bezeichnet (137). Adenauer hing diese Vorwürfe noch lange nach, obgleich er sich in seinem Selbstverständnis durchaus als sozial verstand und als Argument für seine Arbeitnehmerfreundliche Haltung die guten Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter anführt (138). Die Kölner Industrie hat die besseren Arbeitsbedingungen der Stadt öfters zum Anlaß von Vorstellungen bei Adenauer genommen.

Für ihn stellte sich die soziale Frage, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer wie der Arbeitslosen in letztem als ein finanzielles Problem dar (154). Dahin geht auch seine Vorhaltung gegenüber dem Leiter des Wohlfahrtsamtes, Dr. Ernst Schwering, daß er seine Tätigkeit zu sehr unter fürsorgerischen Gesichtspunkten anstatt finanziellen Anforderungen sehe (143). Diese Betonung der Finanzen besagt aber nicht, daß Adenauer die Massenarbeitslosigkeit nicht innerlich berührt hätte. Vielmehr glaubte er, durch eine gute und effektive Organisation — entsprechend seinen Erfahrungen im Ersten Weltkrieg — die größten Härten beseitigen zu können. Wandte sich ein einzelner mit seinen Sorgen an ihn, so war Adenauer stets bestrebt, unter Einschaltung aller möglichen Dienststellen die offenbarten Nöte zu beseitigen.

Was konnte die Stadt zur Behebung der Massenarbeitslosigkeit tun? Die Maßnahmen der Berufsberatung und Weiterbildung Jugendlicher, die Pflichtarbeit der Wohlfahrtsempfänger, desgleichen die Fürsorgearbeit können hier unberücksichtigt bleiben, da sie gesetzlich verankert waren und in allen Städten ergriffen wurden. Weiterhin gab es die Notstandsarbeit, die von der Reichsanstalt, dem Reich und dem Staat gefördert wurde. Der Notstandsarbeiter erhielt einen tarifmäßigen Lohn. Als Notstandsarbeiten wurden von den Behörden nur solche Arbeiten an-

erkannt, die besonders arbeitsintensiv waren und ein ansehnliches Arbeitsergebnis hervorbrachten. Hier boten nun einige Projekte Adenauers recht günstige Grundbedingungen: z.B. Aushub des Aachener Weihers und der Kanäle zum Stadtwald, Anlage von Sportplätzen und Grünanlagen im Bereich der Gürtel, Ausbau des Niehler Hafens, Einebnung des neuen Industriegebietes, Herrichtung des Flugplatzes, Bau der Rampe für die Mülheimer Brücke. Von 1918 bis 1927 waren zusammen 62.500 Erwerbslose mit Notstandsarbeiten beschäftigt. Dennoch war der Einfluß auf den Arbeitsmarkt nicht sehr bedeutend. Hinzu kam, daß diese Arbeit sehr von der jahreszeitlichen Witterung abhängig war und gerade im Winter, also während einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit eingeschränkt werden mußte. Überhaupt stellte die Notstandsarbeit nur ein begrenztes Mittel zur wirksamen Bekämpfung kurzfristiger Arbeitslosigkeit dar. In Zeiten lang andauernder niedriger Beschäftigungslage war eine Finanzierungsmöglichkeit nicht mehr gegeben. So mußten die Notstandsarbeiten im Dezember 1931 völlig eingestellt werden. Zu dieser Zeit verfügte Adenauer aus Geldmangel einen totalen Bau-stopp für alle städtischen Vorhaben. Die Stadt war finanziell am Ende (147).

So standen Adenauer und der Verwaltung weitere Mittel zur günstigen Beeinflussung des Arbeitsmarktes nicht zur Verfügung. Zwar machte er es allen Dienstgeschäftszweigen schon früh zur Pflicht, bei Aufträgen möglichst nur die Industrie und das Handwerk Kölns zu berücksichtigen (140). Da aber andere Stadtverwaltungen ähnlich verfahren, war hierdurch eine zusätzliche Sicherung der Arbeitsplätze kaum zu erreichen und erfolgte für das einzelne Unternehmen nur eine geographische Verlagerung, keine Vermehrung der Aufträge.

Maßnahmen zur Beeinflussung der Massenarbeitslosigkeit in den Jahren der Wirtschaftskrise wurden aber besonders erschwert durch die deflationistische Politik des Reichskanzlers Brüning; denn die radikale Kürzung der Staatsausgaben, die Erhöhung der Steuern, schließlich die Kürzung der Löhne und Gehälter erhöhten nur noch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vermehrten die Arbeitslosigkeit. Seit Sommer 1930 hat Adenauer den Reichskanzler öfters zur Aufgabe seiner Deflationspolitik gedrängt und sich für rasche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgesprochen, da er in der Arbeitslosigkeit eine »sehr große politische Gefahr« sah.

1931 blieb Adenauer nur noch übrig, mangels städtischer Finanzmittel alle karitativen Organisationen, politischen Parteien, sozialen Einrichtungen und gewerkschaftlichen Verbände zu einer großen Zusammenarbeit, der »Kölner Nothilfe« zu organisieren, um das Schlimmste abzuwenden. Vorgänger dieses Zusammenschlusses war die im November 1922 gegründete Kölner Notgemeinschaft, deren Initiatoren Adenauer und Louis Hagen waren und in der sich die karitativen Verbände, die Unternehmer und Gewerkschaften, Vertreter der Konfessionen, der privaten und öffentlichen Wohlfahrtsplege zusammenfanden, um den durch die Inflation hart getroffenen Kleinrentnern durch Geldbeträge, aber auch Ankauf von Möbeln, Edelmetallen und Vermittlung von Kleidern zu helfen. Mit steigender Arbeitslosigkeit wurde die Notgemeinschaft immer mehr für die Erwerbslosen zuständig. Am 16. September 1931 wurde schließlich die Nothilfe ins Leben gerufen. Zu dieser Zeit wurden etwa 170.000 Einwohner — 22% der Gesamtbevölkerung Kölns — unterstützt. Die Nothilfe selbst sollte sich durch

groß angelegte Sammlungen finanzielle Mittel beschaffen, Essen an Bedürftige ausgeben und für die Fortbildung besonders der jugendlichen Arbeitslosen sorgen. Ab Oktober 1931 wurden in etwa 60 Küchen Essen ausgegeben zu einem Preis von 1,80 (= 6 Eßmarken). Ab November 1932 wurde der Preis weiter ermäßigt, so daß Unterstützungsempfänger wöchentlich 1,20 RM für 6 Mahlzeiten aufwenden mußten. Umgerechnet hatte die vierköpfige, von der Wohlfahrt lebende Familie ein Viertel ihrer Monatsunterstützung für das von der Nothilfe bereitgestellte Mittagessen aufzuwenden.

Auch diese straffe Zusammenfassung aller öffentlichen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen konnte der Massenarbeitslosigkeit und der Verelendung nicht wirksam begegnen. Das angebotene Bildungsprogramm wurde von den radikalen politischen Kräften als Ablenkungsmanöver erklärt. Arbeit — besonders für die etwa 10.000 jugendlichen Arbeitslosen — konnte nicht beschafft werden. Die Wirtschaftskrise lähmte die Tätigkeit der Stadt auf allen Gebieten. Die von Adenauer besonders auch mit Hinsicht auf eine Arbeitsplatzbeschaffung und -sicherung durchgeführten Pläne — Messe, Hafen, Industrieansiedlungen — konnten die in sie gesteckten Erwartungen nicht erfüllen.

Schrifttum:

Bernhard Mewes, Der Kölner Arbeitsmarkt. Kölner Verwaltung, Wirtschaft und Statistik Bd. 9, Köln 1932.

137 1921 Mai 13 — Köln

Die Vertrauensmänner der städtischen Straßenbahner protestieren gegen Adenauers Forderung im Rahmen seiner Reichskanzlerschaft, u.a. den Achtstundentag aufzuheben.

Vergrößerung aus: ›Sozialistische Republik‹ Nr. 112, 18. Mai 1921. — HAStK 902/258/1, S. 129.

138 1921 Juni 2 — Köln

Adenauer in der Stadtverordnetenversammlung: hält die Form des Protestes der städtischen Arbeiter gegen seine Neun-Stunden-Tag-Forderung (im Rahmen seiner Reichskanzlerkandidatur) für ungehörig. Sie müßten gegenüber ihrem obersten Vorgesetzten in anständiger Form auftreten. Was seine soziale Gesinnung angehe, so weise er darauf hin, daß die städtischen Arbeiter Kölns so günstige Arbeitsbedingungen wie in keiner anderen Stadt hätten.

Vergrößerung aus den ›Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung zu Köln‹, Druck, Köln 1921, S. 395.

139 1921 September 5 — Köln

Beigeordneter August Haas an Adenauer: berichtet über Schwierigkeit der Verhandlung über den neuen Tarif für die städtischen Arbeiter, zwiespältiges Verhalten des Zentrums, eigenes Verbleiben in seinem aufreibenden Dezernat und Alternative, 1. Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu werden; demoralisierte Zustände in den Betrieben. In der Vertrauensmännersitzung der

Gewerkschaften habe er sich wegen des neuen Tarifs durchsetzen können. Geschadet hätten aber die hohen Beigeordnetengehälter und die Pension des Oberbürgermeisters Becker.

Masch.schriftl. Ausfertigung mit handschriftlichem Nachtrag, 4 S., ausgelegt S. 4. — HASTK 902/103/1, S. 365.

140 1922 Juni 7 — Köln

Adenauer an alle Dienststellen: verfügt, daß im Interesse der Stadt, der Industrie und der Arbeitslosigkeit die ansässige Industrie zu berücksichtigen sei. In Fällen, in denen trotz gleicher Bedingungen auswärtige Firmen bevorzugt würden, sei ihm vorher Bericht zu erstatten.

Masch.-schriftl. Konzept, 1 S. — HASTK 902/182/1, S. 91.

141 1932 — Köln

Arbeitslose im Arbeitsamt in der Badstraße (heute Schaevenstraße).

Vergrößertes Lichtbild aus der belgischen Wochenillustrierten 'Tout', 20. Mai 1932, Artikel 'Misère sur Cologne'. — HASTK 904/419.

142 1920 — 1931 — Köln

Die Arbeitslosigkeit in Köln im Verhältnis zum Reich und zum Rheinland.

Vergrößerung aus 'Kölner Verwaltung, Wirtschaft und Statistik' 9, Köln 1932, S. 29.

Um die absoluten Arbeitslosenzahlen zu ermitteln, ist ein Multiplikator von Köln = 50, Rheinland = 250, Reich = 4.000 bei den Kurvenwerten anzuwenden.

143 1931 Februar 20 — Köln

Adenauer an Beigeordneten Dr. Schwering: bemängelt das Vorherrschen fürsorglicher Einzelaufgaben beim Wohlfahrtsamt gegenüber der bei den hohen Geldaufwendungen notwendigeren »auf genaue und statistische und finanzielle Grundlagen und Kontrollen« sich stützenden organisatorischen Arbeit. Frau Stadtdirektor Dr. Herta Kraus habe Unkenntnis in der Berechnung des Lebenshaltungsindex und damit in der Ermäßigung der Richtsätze bewiesen. Es gebe bisher keine befriedigende Erklärung für die gegenüber anderen Städten hohen Kopffzahlen pro unterstützte Partei. »Die Überbetonung des fürsorglichen Moments« verleite »in stärkerer Weise zu hohen Ausgaben«. Kostenberechnungen für die Riehler Heimstätten seien viel zu niedrig angesetzt gewesen. Hebt weitere Fehler hervor, anerkennt aber Arbeitskraft von Schwering und Frau Dr. Kraus.

Masch.-schriftl. Durchschlag, 4 S., ausgelegt S. 1. — HASTK 902/115/2, S. 135 — 138.

144 1932 — Köln

Arbeitssuchende Frauen in einer städtischen Dienststelle.

Vergrößertes Lichtbild aus der belgischen Wochenillustrierten 'Tout' vom 20. Mai 1932. — HASTK 904/419.

145 1932 April 26 — Köln

Regierungspräsident Elfgen an Adenauer: genehmigt unter bestimmten Bedingungen die Senkung der Richtsätze für Erwerbslose zum 1. Mai. Da diese Kürzungen sehr kritisch aufgenommen würden, bäte er um dringende, fühlbare

und allgemein erkennbare Abstriche an anderen Stellen der städtischen Ausgaben. Finanzielle Einschränkungen dürften »nicht nur oder in erster Linie zu Ungunsten der Hilfsbedürftigen gemacht werden«.

Masch.-schriftl. Ausfertigung, 1 S. — HASTK 902/198/4, S. 717.

146 1932 April 29 — Köln

Adenauer an den Regierungspräsidenten Elften: Angelegenheit selbst sei durch telephonische Besprechung erledigt. Der Schlußsatz des Schreibens vom 26. (s. 145) enthalte einen Vorwurf, »gegen den ich mit größter Entschiedenheit Verwahrung einlegen muß«. Da die Einsparungen bekannt seien, enthalte er sich weiterer Ausführungen.

Masch.-schriftl. Ausfertigung, 1 S. — HASTK 902/198/4, S. 719.

147 1931 September 28 — Köln

Adenauer an Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning: höre, daß die Verschuldung der Stadt Köln Sorge der Reichsregierung sei. Er habe mit dem Bankier Daniel Heinemann in Brüssel in Verhandlungen gestanden, die sich zerschlagen hätten. Er erwäge jetzt, ob nicht durch ein Zusammengehen mit der Reichs-Elektro-Gesellschaft eine Konsolidierung der Schulden zu erreichen sei. Die Preag sei dazu auch nicht abgeneigt. Er halte Reichsgesellschaft wegen Verbindung zur Reichsbank für geeigneter. Bittet um Rat über einzuschlagenden Weg.

Freue sich über Mitteilung von Dr. Brüning, Köln [Direktor der Deutschen Bank, kein Verwandter des Reichskanzlers], daß der Reichskanzler ihm [Adenauer] Gelegenheit zur Erläuterung der finanziellen Lage gebe. »Sicher kann ich die zweifellos mir am unangenehmste Tatsache der starken Verschuldung und ihrer bei der gegenwärtigen Entwicklung sehr unangenehmen Begleiterscheinungen nicht durch solche Erläuterungen aus der Welt schaffen. Immerhin glaube ich doch zeigen zu können, daß die Stadt Köln in dem einen oder anderen Falle sich übernommen hat, daß aber den hohen Schulden auch hohe Vermögenswerte gegenüberstehen, daß im allgemeinen diese Verschuldung nicht durch verschwenderische Ausgaben herbeigeführt worden ist«.

Masch.-schriftl. Durchschlag als Konzept mit eingehändigen Korrekturen Adenauers, 2 S., ausgestellt S. 2. — HASTK 902/2/1, S. 33 – 34.

148 1930 Dezember 16 — Köln

Adenauer lädt im Namen der Stadt und der Industrie- und Handelskammer zu einer Besprechung am 17. Dezember ein, auf der über eine zu gründende Kölner Winterhilfe zur Linderung der Not beraten werden solle.

Masch.-schriftl. Vervielfältigung, 1/2 S. — HASTK 902/201/1, S. 612.

149 1931 August 23 — Köln

Johann Rings an Adenauer: empfiehlt für die bevorstehende winterliche Not eine Zusammenfassung aller Wohlfahrts- und karitativen Organisationen.

Handschriftl. Ausfertigung, 1 1/2 S., ausgelegt S. 1. — HASTK 902/198/4, S. 421 – 422.

150 1932 Oktober — Köln

»Merkblatt für Speisungen« der Kölner Nothilfe.

Druck, 2 S., ausgelegt S. 1. — HASTK 902/201/1, S. 401.

- 151 1932 — Köln
Bedürftige bei der Kölner Notgemeinschaft, Kleiderstelle, Klingelpütz 45.
Vergrößertes Lichtbild aus: Ernst Schwing, Zehn Jahre Kölner Notgemeinschaft 1922 — 1932, Druck — HASTK 902/199/2, S. 94.
- 152 1931 August 31 — Köln
Gesamtzahl der unterstützten Personen.
Masch.-schriftl. Ausfertigung, 1/2 S. — HASTK 902/198/4, S. 25.
- 153 1931 März — Köln
Verminderung des Monatseinkommens der Wohlfahrtserwerbslosen gegenüber den staatlichen Unterstützungssätzen und dem früheren Lohn.
Masch.-schriftl. Ausfertigung, 1 S. — HASTK 902/198/4, S. 215.
Bis April 1931 bezogen Alleinstehende und Familienhäupter 42,— RM Monatsunterstützung durch das Wohlfahrtsamt, Ehefrauen 22,— RM, Kinder 18,— RM. Am 1. Mai 1932 lagen die Richtsätze nach mehrmaligen Senkungen bei 34,— RM bzw. 18,— RM und 12,— RM (vgl. 145).
- 154 1930 Februar 17 — Berlin
Adenauer über die sozialen Belastungen der Städte: Die Wirtschaftskrise würde auf den Schultern der Gemeinden ausgetragen, die die »Lastenträger der niedergehenden wirtschaftlichen Konjunktur« seien. Bei den Unterstützten handele es sich um die Opfer wirtschaftlicher und politischer Krisen, besonders um die arbeitsfähigen Erwerbslosen ohne Anspruch auf Arbeitslosenversicherung. Die Unterstützung müsse vom Reich übernommen werden, da fürsorgliche Betreuung von dieser Gruppe wie auch von den Inflationsopfern gar nicht gefordert würde. Mit der Frage der Trägerschaft der Wohlfahrtspflege würde das Problem der Menschen, »der großen Reservearmee der arbeitsfähigen Erwerbslosen«, nicht gelöst. Dies gelänge nur durch Arbeitsbeschaffung, die von den Städten bei der hohen Belastung durch den Sozialetat alles andere als eine Prestigefrage sei. Für die kommunale Wohlfahrtspflege gälte als oberstes Gesetz: »sparsame und umsichtige Verwertung der öffentlichen Mittel, die Steuergelder der Bürgerschaft sind«. Dies bedeute keinen Abbau der Fürsorgeleistungen, wohl aber Ausschaltung aller nicht hilfsbedürftigen Personen und ausreichende Hilfestellung zur Anregung des Selbsthilfewillens der Unterstützten.
Masch.schriftl. Vervielfältigung, »Wohlfahrts-Korrespondenz. Sozialpolitischer Zeitungsdienst.« Berlin, 17. Februar 1930, Nr. 14, 2 S., ausgelegt S. 2. — HASTK 902/261/3, S. 149 — 151.